

Die Einnahme von Bloemfontein.

Die Einnahme von Bloemfontein hat prompte Arbeit gemacht. Er ist Herr von Bloemfontein, nachdem sich die Stadt regelrecht ergeben. Bloemfontein selbst ist ein kleines sauberes Städtchen mit etwa 6000 Einwohnern, und die Boeren haben scheinbar jemals daran denken können, die Hauptstadt des Oranje-Freistaates einer Belagerung durch die Engländer auszuweichen. Die Regierungsbehörden haben sich schon vor Wochen auf den Rückzug aus Bloemfontein vorbereitet und die Engländer werden daher wohl dort nicht mehr viel merkwürdiges Staatsmaterial vorfinden. Wo die Boeren geblieben sind, die sich Lord Roberts noch bei Orléans entgegenstellten, ist nicht klar zu erkennen. Vermuthlich sind sie nach Nordosten abgezogen, um bei Wagnburg auf günstigem Terrain eine Verteidigungsstellung einzunehmen. Die heute eingetragenen Drahtmeldungen lauten:

London, 14. März. Das Kriegsamt theilt mit, Feldmarschall Roberts ist in Bloemfontein eingedrungen und hat daselbst die englische Flagge gehisst.

Die Depesche des Feldmarschalls Roberts mit der Meldung dieses Ereignisses ist datirt von Bloemfontein vom 13. d. Mts., Abends 8 Uhr, und lautet:

„Mit Gottes Hilfe und durch die Tapferkeit der Soldaten Ihrer Majestät haben die Truppen unter meinem Befehl Bloemfontein besetzt. Die britische Flagge weht jetzt über dem Präfekturbau, welches gestern Abend von dem vormaligen Präsidenten des Freistaates Stein geräumt worden ist. Das Mitglied der vormaligen Regierung Frazer, der Bürgermeister, der Sekretär der Regierung, der Landdrost und andere Beamte trafen mich zwei Meilen außerhalb der Stadt und überreichten mir die Schlüssel zu den Regierungsgebäuden. Der Feind hat sich aus der Nachbarschaft zurückgezogen und alles scheint ruhig. Die Bewohner Bloemfonteins bereiten den Truppen einen herzlichsten Empfang.“

Des weiteren meldet der Correspondent der „Daily Chronicle“ aus Bloemfontein vom 13. d. Mts.: General French drohte die Stadt heute zu beschließen, wenn sie sich nicht ergab. Heute früh wurde die weiße Flagge gehisst und eine Deputation begab sich zu Feldmarschall Roberts, welcher um 9 Uhr unter lebhaften Ovationen seinen feierlichen Einzug hielt. Roberts besuchte die öffentlichen Gebäude, von einer begeisterten (?) Volkmenge umdrängt. Präsident Stein und die Mehrzahl der kämpfenden Burghers sind nach Norden entflohen. Die Eisenbahn ist nicht beschädigt.

Die Regierung des Oranje-Freistaates soll vorläufig nach Kroonstad (190 Kilometer nordöstlich von Bloemfontein an der Eisenbahnlinie nach Pretoria) verlegt worden sein.

Boerenbericht über das Gefecht bei Abrahams Areal.

Eine über Pretoria kommende nachträgliche Meldung des Commandanten Delany über das Gefecht bei Abrahams Areal am 10. d. Mts. lautet ausführlich, wie folgt: „Die englischen Streitkräfte, der Schätzung nach 40 000 Mann, näherten sich unseren Stellungen von zwei Seiten her. Sie beschossen zunächst die Positionen, wo General Celliers Artillerie stand. Diefem Angriff folgte ein Gewehrfeuer, bei dem zwei Boeren verwundet wurden. Als die Engländer erkannt hatten, daß der Versuch, an dieser Stelle durchzubrechen, hoffnungslos war, machten sie einen zweiten Angriff, und zwar auf unsere linke Flanke, die sich über eine Reihe von Hügeln erstreckte; an der höchsten Stelle des Weges hatte ich mit 300 Mann Aufstellung genommen. Die Eroberung dieser Hügel war von großer strategischer Wichtigkeit für die Engländer. Da auch den Untrigen dies klar war, entwickelte sich ein heftiger Kampf, der von 9 Uhr Vormittags bis Sonnenuntergang dauerte. Die Untrigen fielen wie Heulen und waren dreimal die Massen der Engländer, die ihre ermüdeten Mannschaften immer wieder ersetzten, zurück. Jeder Versuch, unsere Stellung im Sturm zu nehmen, wurde abgelehnt, und bei Sonnenuntergang waren wir von den Engländern keine 50 Yards entfernt. Die Engländer hatten schwere Verluste. Ueber die Verluste auf unserer Seite kann zur Zeit keine genaue Angabe gemacht werden.“ — Inzwischen haben bekanntlich die Engländer ihr Ziel doch erreicht.

Bormarich von Kimberley.

Kimberley, 14. März. Von hier entlang die Truppen haben Boshof besetzt und dort eine bedeutende Menge von Waffen und Munition erbeutet. Eine starke englische Garnison ist dort zurückgelassen. (Boshof liegt 50 Kilometer nordöstlich von Kimberley im Oranje-Freistaat.)

Eine Depesche Krügers.

Newyork, 14. März. Das „Evening Journ.“ veröffentlicht folgende Depesche des Präsidenten Krüger aus Pretoria vom 13. d. Mts.: „Die Burghers werden erst mit dem Tode zu kämpfen aufstehen. Unsere Streitkräfte heben in guter Ordnung nach der ersten Verteidigungslinie auf unserem eigenen Grund und Boden zurück. Der Feldzug in Natal war länger zu unseren Gunsten als erwartet war. Die Engländer werden nie bis Pretoria kommen. Die Burghers, Steijn, Toubert und ich wie alle anderen sind einig, es ist kein Streit zwischen uns vorhanden. Gott helfe uns!“

General Whites Abschied von Ladysmith.

Eine packende Scene schildert der Specialcorrespondent des Reuterschen Bureaus in Ladysmith in einem Telegramm vom 9. März. Sie ereignete sich anlässlich des Abschieds, den Sir George White von seiner Garnison nahm, um sich nach Pietermaritzburg zu begeben. Auf der Eisenbahnstation hatte sich eine Abtheilung Soldaten als Vertreter der Besatzung und eine Ehrenwache der Gordon Highlanders versammelt. Auch General Buller hatte sich mit seinem Stabe eingefunden. Als die Ankunft Whites gemeldet wurde, fiel die Muff ein und die Truppen präsentierten das Gewehr. Nachdem der General die Offiziere begrüßt hatte, schwieg die Muff und unter lautlosem Schweißen hielt der Verteidiger von Ladysmith folgende kurze Rede: „Soldaten vom Regiment der Gordon Highlanders, ich muß euch verlassen. Ich bedaure nur, daß ich euch nicht mit mir nehmen kann, doch man bedarf Eurer hier. Ich weiß, daß Ihr

auch für alle Zukunft thun werdet, was Ihr bisher gethan habt — Euch als Gordon Highlanders führen.“ Der General war tief bewegt. Er schied sich von seiner Armee noch nicht erholt zu haben und sah außerordentlich angegriffen aus. Das Regiment brachte drei Hochrufe auf ihn aus und auf dem Bahnsteig wurde ihm auf Veranlassung des Majors noch einmal eine solche Aushandlung bereitet.

Zur Lage in Natal.

Die Boeren haben Natal noch keineswegs vollständig geräumt, scheinen vielmehr entschlossen zu sein, sich in dem nordwestlichen Zipfel festzusetzen. Das bezeugt folgende heute eintreffende Drahtmeldung:

Ladysmith, 14. März. Aus verlässlicher Quelle verlautet, daß die Boeren mehrere stark verschanzte Stellungen mit schweren Geschützen bei der Vereinigung der Drahtsberge und der Biggarsberge (zwischen Glandsaagte und Dundee) besetzt halten.

General Toubert und die Deutschen.

Ein Württemberger, Kaufmann Stolberg, der vor drei Jahren von Göppingen nach Transvaal ausgewandert war und als Secretär des deutschen Commandos unter Schiells Führung in den Krieg gezogen war, ist nach Württemberg zurückgekehrt und hat der Redaktion des „Hohenlaufen“ Einiges aus seinen Erfahrungen im Kriege mitgetheilt. Nach Stolbergs Angaben ist Toubert bei den jungen Boeren und bei den Deutschen wenig beliebt. Er ist ein persönlicher Feind Schiells. Nach der Niederlage von Glandsaagte machten die Boeren kein Hehl daraus, daß sie die Deutschen für schuldig hielten. Und als sich das versprengte Corps der Deutschen bei Dannhauwer wieder sammelte, hielt Toubert eine Ansprache, in der er sagte: „Leute, ich danke Euch, daß Ihr Euch für die Republik geopfert habt. Aber wir brauchen keine Offiziere, die nach Orden und Ehrenzeichen streben, sondern wir brauchen solche Leute, die einig und allein für die Freiheit der Republik kämpfen. Nebenbei gesagt, habt Ihr wenig Disciplin, und es ist besser, wenn Ihr nach Johannesburg geht und Euch noch mehr einübt.“ — Diese Ansprache erregte beim deutschen Commando bitterböses Blut, denn mit denen, die nach Orden und Ehrenzeichen streben, war bloß Schiell gemeint, welcher der einzige war, der Orden trug, die er in anderen Ländern erhalten hatte. Daß die Leute nach Johannesburg geschickt wurden, erblickte man als Chikane. In Folge dieses Vorganges traten viele Leute und auch der Feldcomandant aus dem Corps aus, und nur die, welche keinen Erwerb und kein Geld hatten, blieben, um sich durchzuschlagen, aber nicht aus Begeisterung.

Die Frage der Friedensbedingungen.

London, 15. März. Gegenüber auswärts verbreiteten Meldungen über Friedensbedingungen, welche der Premierminister Salisbury dem Präsidenten Krüger bereits gestellt haben soll, theilt das Reutersche Bureau mit, daß hier über solche nichts bekannt ist.

London, 15. März. Der Handelsminister hielt gestern bei einem Banket der vereinigten Handelskammern eine Rede, in welcher er ausführte, der gegenwärtige Krieg zeige, daß, wenn die Interessen des Mutterlandes angegriffen würden, die Interessen des ganzen Landes angegriffen seien. Er hoffe, daß der Friede bald wieder hergestellt würde, aber das müsse auf ganz anderen Bedingungen geschehen, als auf den von Krüger vorgeschlagenen. England sei wohl geneigt Frieden zu schließen, aber auf seine eigenen Bedingungen hin. Es wolle es niemals wieder mit Hochherzigkeit versuchen, es wolle es niemals wieder mit der Unabhängigkeit der Republikern versuchen. England sei entschlossen, die unbeschränkte Oberherrschaft der britischen Krone über dieselben aufrecht zu erhalten.

Als Schiedsrichter.

wird der Kronprinz von Dänemark genannt. Der „Frankf. Ztg.“ zufolge wurde Lord Salisbury aufgefordert (von wem wird nicht gesagt), den dänischen Kronprinzen als Schiedsrichter vorzuschlagen. Durch dessen Ehe mit der Enkelin des Prinzen Friedrich der Niederlande, sowie seine Familienverbindungen wäre er besonders geeignet, diese Aufgabe zu übernehmen. Salisbury soll diesem Vorschlag günstig gestimmt sein. Dasselbe Blatt meldet aus Berlin: Alle Mächte bewahren in diesem Augenblick, wo die Boerenregierungen sich direct nach London gewendet haben, ihre bisherige Haltung und werden sich nicht in die südafrikanische Angelegenheit einmischen.

Deutsches Reich.

Aiel, 14. März. Der Kaiser und Prinz Heinrich begaben sich heute unter dem Salut sämtlicher im Hafen liegenden Kriegsschiffe im Rudergig zur Inspektion an Bord des Kreuzers „Deutschland“, welcher die Kaiser-Standarte am Großtop flicht. Der Kreuzer ging zur Inspektion in See. Beim Passiren der auf der Rade liegenden Kriegsschiffe wurde er von der Besatzung mit dreifachem „Hurrah“ begrüßt. Nachmittags 3 Uhr kehrten der Kaiser und Prinz Heinrich mit der „Deutschland“, welche die Fahrt bis zum Stollergund gemacht hatte, zurück. Während der Fahrt wurden ausschließlich Schießübungen auf schwimmende Scheiben vorgenommen. Später begaben sich der Kaiser mit dem Prinzen Heinrich nach der Kaiser-Werft, bestaunten daselbst das in Reparatur befindliche Minierschiff „Sachsen“, sowie die Neubauten der großen Kreuzer „A“ und „Fürst Bismarck“ und kehrten hierauf ins Schloss zurück. Der Panzer „Aurifer Friedrich Wilhelm“ und der Aviso „Gela“ sind heute hier eingetroffen.

Aus Anlaß der morgen stattfindenden Taufe des jüngstgeborenen Sohnes des Prinzen Heinrich von Preußen trafen heute hier ein: der Erbprinz von Preußen und die Herzogin Sophie von Oldenburg, als Vertreter des Großherzogspaares von Hessen der Freiherr v. Riedel, der Minister des königl. Hauses v. Medel, Oberhofmarschall Graf A. Eulenburg, der Staatsminister Graf Bülow und Tiph, der präsidierende Bürgermeister Dr. Lehmann, welcher die Stadt Hamburg als Pathe vertritt, der Commandeur des 9. Armeekorps General v. Massow, sowie die Commandeure der Regimenter, bei denen Prinz Heinrich à la suite steht. Ferner sind geladen als Vertreter der schleswig-holsteinischen Ritterschaft Graf Reventlow-Wittenberg, als Vertreter des Provinzial-Landtages Graf Reventlow-Drech, Geheimrath Dr. Hinzpeler, Admiral v. Köster, Vice-Admiral Hoffmann, der

Stadtkommandant Oberst v. Köppler, der Commandant der „Deutschland“ Capitän zur See Müller und der Aiel Oberbürgermeister Juch.

Berlin, 14. März. Eine große Anzahl der für die Export-Industrie arbeitenden Fabrikanten aus allen Theilen des deutschen Reiches hat sich zu einem gemeinsamen Protest gegen die unsere handelspolitischen Beziehungen gefährdenden, den Import der ausländischen Fleischwaren betreffenden Beschlüsse des Reichstages vereinigt. Es sind heute bereits etwa 3000 Unterschriften eingegangen und dem Reichskanzler mit dem Protest überreicht worden.

Die Centralstelle für Vorbereitung von Handelsverträgen theilt zu der von ihr eingeleiteten Agitation gegen das Fleischbeschaugesetz weiter mit, daß die Handelskammer für das Herzogthum Coburg eine telegraphische Eingabe an den Reichskanzler gerichtet hat, in welcher sie im Interesse der hauptsächlich von ihr vertretenen Spielwaren-, Rohwaren- und Porzellanexportindustrie um Ablehnung der Vorlage ersucht. Ebenso ist der Verband süddeutscher Baumwollgarn-Confumenten, der Verband deutscher Baumwollgarn-Confumenten in Dresden sowie die Handelskammer zu Frankfurt a. M. bei dem Reichskanzler und dem Reichstage vorstellig geworden. Auch der Verein zur Wahrung der Interessen der Färberei- und Druckerindustrie von Rheinland und Westfalen hat sein Einverständnis erklärt. Die Handelskammer in Aachen wird in ihrer Plenarsitzung am 18. d. Mts. zu der Vorlage Stellung nehmen.

* [Der Nachfolger Pfarrer Weingarts.] Am Sonntag Nachmittag fand in Osnabrück die Abstimmung in der Mariengemeinde darüber statt, ob der viele Pastor Gondefron, ein orthodoxer Geistlicher, in die durch die Amtseinführung Weingarts frei gewordene dritte Pfarrstelle an Sanct Marien aufrücken solle oder nicht. Die Abstimmung ergab die Majorität von 1811 gegen 590 Stimmen für letzteres. G. rückt also nicht auf; es muß vielmehr Neuwahl stattfinden, die wohl einen liberalen Geistlichen bringen wird.

Die aus Osnabrück gemeldet und von kundiger Seite hier bestätigt wird, hat der Berliner Magistrat den Pfarrer Weingart zu einer Gastpredigt in der hiesigen Marcus-Kirche aufgefordert, wo die zweite Predigerstelle zu besetzen ist. Die Stadt Berlin ist Patron der Marcus-Kirche.

Breslau, 15. März. Hier fand gestern eine vielteilnehmende Protestversammlung gegen die lex Heinze statt.

Laxruhe, 15. März. Eine von mehreren tausend Personen besuchte Protestversammlung gegen die lex Heinze nahm einstimmig eine Resolution an, welche den Reichstag und den Bundesrath ersucht, dem Gesetze die Zustimmung zu verweigern.

Hamburg, 15. März. Prinz Heinrich trifft auf Einladung des Hamburger Yacht-Clubs am 31. März zum Besuch in Hamburg ein. Zu seinen Ehren findet ein Festmahl im Hamburger Hof statt.

München, 16. März. Die Kammer der Abgeordneten hat heute einstimmig einen Gesetzentwurf genehmigt, nach welchem 6 Millionen Mark zur Beschaffung von Wohnungen für Beamte, Bedienstete und Arbeiter der Eisenbahnen bewilligt werden.

Frankreich.

Paris, 14. März. Die Senatscommission für die Amnestievorlage vernahm heute nach einander Reinach, Picquart und Zola. Reinach sprach seine Ueberzeugung dahin aus, daß der freie Lauf der Gerechtigkeit allein Beruhigung schaffen könne. Was ihn betreffe, so sei er in seiner Ehre als Mensch und Schriftsteller größlich verletzt worden und entschlossen, sein Recht zu wahren und seine Beleidigung zu vernichten. Picquart erklärte, er wisse die Amnestie zurück, weil er wolle, daß die ihn betreffenden Punkte im Wege der Erörterung vor der Öffentlichkeit völlig geklärt würden, damit General Gonse und der Archivar Orbellin vernichtet und das Andenken Henrys nach Gebühr gewürdigt würde. Zola erhebt gegen seine Amnestierung Einspruch und sagt, Beruhigung wäre nur möglich auf dem Wege der Wahrheit und Gerechtigkeit. Nach seiner Ueberzeugung werde die Wahrheit aus seinem Prozeß als endgiltige hervorgehen.

Paris, 15. März. Die „Libre Parole“ veröffentlicht ein von Escherhagen an die Amnestiecommission gerichtetes Schreiben, worin er gegen die Amnestie-Vorlage Einspruch erhebt und erklärt, er habe vor dem französischen Generalconsul in London neue mit Documenten belegte Enthüllungen zu Protokoll gegeben. Die Amnestiecommission werde nicht wagen, die Amnestie-Vorlage anzunehmen, sobald sie von seinen neuen Enthüllungen Kenntniss erhalten werde.

Paris, 15. März. Die dem „Matin“ aus Lulle gemeldet wird, ist es in Mätanges zwischen katholischen und jüngst zum Protestantismus übergetretenen Bewohnern zu einem Handgemenge gekommen, bei welchem zahlreiche Personen verwundet wurden.

Danziger Lokal-Zeitung.

Danzig, 15. März.

Wetterausblick für Freitag, 16. März,

und war für das nordöstliche Deutschland:

Meist bedeckt, Niederschläge, wenig veränderte Temperatur. Nachts kalt. Windig.

* [Frühlingsgruß.] Obwohl der März bei uns noch immer ein ziemlich strenges Regiment führt, hörten wir an dem heutigen sonnigen Morgen in unserer großen Allee den ersten, allerdings noch etwas schwächlichen Finkenschlag, zu dem das muntere Geschwätz der flinken Staare die Begleitung lieferte.

* [Protest-Versammlung.] Im Saale des „Kaiserhofes“ hatten sich gestern Abend Vertrauensmänner des hiesigen freisinnigen Wahlvereins aus den Bezirken der inneren Stadt zu einer wagnisvollen Besprechung politischer Angelegenheiten vereinigt. Der Vorsitzende des freisinnigen Wahlvereins, Herr Berenz, leitete die Versammlung, welche zunächst zu den gefährlichen Beschläüssen des Reichstages zu dem Fleischbeschaugesetz Stellung nahm. Der an ihn gerichteten Aufforderung folgend, hielt Herr Dr. Lehmann einen etwa halbstündigen einleitenden Vortrag. Nach einem kurzen Rückblick auf die Entstehungsgeschichte der Fleischbeschau führte der Referent etwa Folgendes aus:

Das Bedürfnis nach einer gesetzlichen Regelung der Fleischbeschau ist ohne Zweifel begründet in den Ge-

fahren, die der Genuß verbotenen oder von kranken Thieren herrührenden Fleisches für die menschliche Gesundheit mit sich bringt. Nun besteht zwar schon in einer Reihe mittel-europäischer und in den südlichen Staaten eine gesetzliche Fleischbeschau, und auch in Preußen ist ja in zahlreichen größeren Städten durch Polizeiverordnung eine Fleischbeschau eingeführt. Aber diese Einzelvorschriften leiden an dem Mangel, daß sie große Verschiedenheiten aufweisen: sie sind bald milder, bald strenger, und die Folge ist, daß Schlachtvieh und Fleisch zweifelhafter oder minderwerthiger Beschaffenheit in großen Mengen nach denjenigen Orten und Bezirken wandert, wo die Fleischbeschau noch nicht besteht oder in milderer Form eingeführt ist, während die Plätze in Gegenden mit strenger Fleischbeschau unter Umständen wegen ihrer Fleischversorgung in Schwierigkeiten gerathen. An Orten, wo eine ungenügende Fleischbeschau besteht, können Wurfbräuen und dergleichen Fleischverarbeitungsbetriebe errichtet werden, die mit ihren Erzeugnissen zur Gefahr für das gesammte Reichsgebiet werden. Alle diese Umstände lassen eine einheitliche Regelung der Fleischbeschau für das ganze Reichsgebiet als im allseitigen Interesse liegend erscheinen, und so wurde denn auch die Vorlage der verbündeten Regierungen von allen Parteien des Reichstages als ein wünschenswerthester Fortschritt auf dem Gebiete der Gesundheitspflege begrüßt. Sie wurde im vorigen Frühjahr nach der ersten Lesung an eine Commission verwiesen, die jetzt ihren Bericht erstattet hat, und am Ende der vorigen Woche fand die zweite Lesung statt.

Wie scharf die Interessengegenstände auf wirtschaftlichen Gebieten in unserem Vaterlande sind, ist allgemein bekannt. Vor allem ist es die Frage der Erneuerung der im Jahre 1904 ablaufenden wichtigen Handelsverträge, die schon scharf ihre Schatten vorauswirft und deren tiefgreifenden Einfluß auf die Gestaltung unseres politischen Lebens wir allenhaben bemerken. Den Entwurf des Schlichter- und Fleischbeschaugesetzes haben nun die Agrarier benutzt, um eine erste Sprengbombe gegen den Abschluß neuer Handelsverträge zu schleudern. Der Punkt, wo sie den Hebel ansetzen unternehmen haben, ist der § 14 des Gesetzes. Die ersten 13 Paragraphen handeln von der Untersuchung des inländischen Fleisches und § 14 bestimmt, wie mit ausländischem Fleisch zu verfahren ist. Diesen Paragraphen hat die Reichstags-Commission nahezu unverändert gutgeheißen, sie hat aber einen § 14a hinzugefügt, zufolge dessen die Zufuhr von eingepökeltem und Schinkenfleisch sofort verboten und von 1904 an auch frisches Fleisch nicht mehr eingeführt werden soll.

Es liegt auf der Hand, daß diese Vorschriften weit hinausgehen über das, was im Interesse des gesundheitlichen Schutzes des deutschen Volkes zu fordern ist. Gewiß, das ausländische Fleisch soll, wie es die Regierungsvorlage will, denselben strengen Untersuchungen unterliegen, wie das inländische, und wer schlüssig oder gar wissenschaftlich ununtersuchtes Fleisch in den Verkehr bringt, mag strenger Bestrafung unterliegen. Aber die Fleischzufuhr verbieten kann nur die Bedeutung haben: es soll auf diese Weise den Agrariern eine lästige Konkurrenz vom Halbe geschafft werden in der zurechtstehenden Hoffnung, daß die Fleischpreise alsdann steigen und den fleischproduzierenden Landwirthen damit ein erheblicher Gewinn zugeführt wird.

Durch diese Bestimmung würde vor allem die industrielle Arbeiterbevölkerung, von der das ausländische Fleisch seiner Billigkeit wegen vorzugsweise konsumirt wird, aufs schmerzlichste betroffen. Eine Verschlechterung in der Ernährung unserer Bevölkerung bedeutet aber eine Verminderung ihrer wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit. Bekanntlich schreibt man dem englischen Arbeiter vielfach eine höhere Leistungsfähigkeit zu als dem continentalen und als Grund wird allgemein angegeben, daß in den englischen Arbeiterkreisen der Fleischconsum ein viel höherer zu sein pflegt, als auf dem Continent. Wollen wir daher unsere Leistungsfähigkeit im wirtschaftlichen Wettkampfe der Völker steigern, da müssen wir nach einer möglichen Erhöhung des Fleischverbrauchs gerade auch unter der arbeitenden Bevölkerung streben. Freilich, das Wort „wirtschaftlicher Wettkampf der Völker“ findet im agrarischen Herzen keinen Widerhall. Der Agrarier will ja von der Entwicklung Deutschlands zum Industriestaat nichts wissen. Sein Ziel geht auf die möglichste wirtschaftliche Isolirung Deutschlands aus, was gleichbedeutend ist, auf die Zurückführung Deutschlands in die Reihe der Agrarstaaten.

Mit den Bestimmungen des § 14a hat man aber das Mittel in der Hand, dem verhassten Industriestaat noch von einer anderen Seite einen Schlag zu versetzen, der vielleicht vernichtend ist. Wir stehen bekanntlich in Handelsvertrags-Verhandlungen mit den Vereinigten Staaten von Amerika. Die Union ist aber unser wichtigster Lieferant von Fleisch. (Der Referent giebt hier ziffermäßig eine Uebersicht über Deutschlands Fleischimport.) Schon das Bekanntwerden der Commissionsbeschlüsse zu § 14 hat in Amerika große Erregung hervorgerufen. Wird § 14a Gesetz, so bedeutet das vorausichtlich den Stillstand mit den Vereinigten Staaten. Die Folgen eines solchen Stillstandes würden sich vor allem für unsere Viehzucht schwer fühlbar machen. Die beiden größten deutschen Dampferlinien, der Bremer Lloyd und die Hamburg-Amerikanische Packetfahrtsgesellschaft, haben bekanntlich in der amerikanischen Fahrt ihre werthvollsten Schiffe, die zugleich die schönsten und schnellsten Schiffe der Welt sind, beidseitig, wie denn überhaupt die amerikanische Fahrt das Rückgrat ihres ganzen Betriebes ist. Die Einkünfte, die sie aus dieser Fahrt beziehen, ermöglichen es ihnen, auch minder rentable Fahrten nach anderen Weltgegenden, nach Australien, Asien u. s. w. aufrechtzuerhalten. Fahrten, die für unseren Export ebenfalls von großer Bedeutung sind. Die Vereinigten Staaten haben es in der Hand, durch Erhöhung der Zollgebühren für deutsche Schiffe, die amerikanische Häfen anlaufen, die amerikanische Fahrten dieser Linien lahmzulegen. Mit Repressalien unterwerfen durch Erhöhung der Hafengebühren für amerikanische Schiffe zu antworten, wäre unmöglich, weil der Verkehr amerikanischer Schiffe in deutschen Häfen minimal ist. Der Referent beleuchtet dann, wie schwer unsere Exportindustrie, namentlich die Textilbranche, vor allem aber auch der für Danzig so wichtige Zuckerexport von einem Zollkrieg mit Amerika betroffen werden würde. Die Agrarier meinen, wenn Amerika auf deutsche Exportgüter Differentialzölle lege, so könnten wir ja mit gleicher Münze heimzahlen. Nun ist es ja richtig, daß unsere Einfuhr von Amerika eine recht bedeutende ist. Aber sie besteht vorwiegend aus Rohstoffen, wie Petroleum und Baumwolle, die wir nicht entbehren können, weil wir sie von anderen Ländern nicht in ausreichender Menge beziehen können. Belegen wir diese Artikel mit hohen Differentialzöllen, so vertheuern wir lediglich den eigenen Consum, ohne den Amerikanern wesentlich zu schaden, während Amerika die Artikel, die es von uns bezieht, schließlich ebenso gut auch von anderen Industriestaaten, die ja nur darauf warten, in die Breche zu treten, die durch den Wegfall Deutschlands aus der Reihe der amerikanischen Lieferanten eintritt, beziehen kann.

Der Zollkrieg mit den Vereinigten Staaten von Amerika ist aber nur der Anfang. Die Agrarier wollen bekanntlich überhaupt keine Handelsverträge, und da glauben sie, in dem Fleischbeschaugesetz eine Waffe gefunden zu haben, mit der sie nicht bloß den in der Vorbereitung begriffenen Vertrag mit den Vereinigten Staaten verhindern, sondern auch die Verträge mit anderen Ländern durchkreuzen können, wobei im Hintergrunde als treibender Gedanke die Hoffnung auf eine wesentliche Erhöhung unserer Getreidepreise liegt. So läßt sich das Ziel, das die Agrarier mit dem Fleischbeschaugesetz verfolgen, in zwei Worte zusammenfassen, von denen das eine von sehr hoher Stelle bereits ausgesprochen worden ist: Brodwucher und Fleischwucher. Wie stellt sich nun

